

Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 19. Jänner 2022

Betreff: Bekanntnis zur Wirtschaft – Nein zur autofreien Innenstadt
Dringlicher Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Grazer Innenstadtwirtschaft hat schon seit mehreren Jahren ein massives Problem. Nicht nur durch die stark gestiegenen Mieten und die Konkurrenz durch die stadtnahen Einkaufszentren leiden die Betriebe. Wie im Regierungsprogramm der dunkelrot-grün-roten Rathauskoalition angekündigt, beginnt diese mit der Umsetzungsplanung, in der Innenstadt und in zahlreichen umliegenden Straßenzügen das Autofahren zu verbieten bzw. Sperrzonen für Autofahrer einzurichten. Damit setzt die Koalition zum finalen Todesstoß für die Wirtschaftstreibenden in der Innenstadt an.

Die Folge wird eine weitere Standortverlegung oder die Schließung von Innenstadtbetrieben sein. Eine immer unattraktiver werdende Innenstadt - durch ein geringeres Einkaufsangebot und zunehmend leerstehende Geschäfte - wird negative Auswirkungen auf den Stadttourismus haben. Damit leidet der gesamte Wirtschaftsstandort Graz. Die Rathauskoalition nimmt dabei in Kauf, dass tausende Arbeitsplätze und wirtschaftliche Existenzen am Altar der Klimahysterie geopfert werden. Ein Mitspracherecht der betroffenen Unternehmer fehlt dabei. Auch der Rückbau von bisherigen Parkplätzen zu Radwegen wird ohne die Einbeziehung der Anrainer vollzogen. Tiefgaragen mit leistbaren Preisen für Dauerparker fehlen oder sind bloße Lippenbekenntnisse der Koalition. Der Autofahrer wird nicht nur durch eine Erhöhung der NoVA, sondern auch durch eine öko-assozielle CO₂-Bepreisung zur Melkkuh der Nation und aus der Innenstadt ausgesperrt.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich zum Wirtschaftsstandort Graz und speziell zur Innenstadtwirtschaft. Wirtschaftsfeindliche Initiativen wie eine autofreie Innenstadt oder Sperrzonen für den Individualverkehr, die den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen und eine Abwanderung von Betrieben

nach sich ziehen, werden daher ohne vorausgehende umfassende Beteiligung der Wirtschaftstreibenden und Anrainer nicht durchgeführt.